



## Beobachtungsstelle statt Halbsätze im Strafrecht

**Pressemitteilung von Petra Pau, 15. August 2007**

**Die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt wollen das Strafgesetzbuch ändern, um rechtsextremistische Straftaten härter ahnden zu können. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss:**

So löblich die Initiative klingen mag, sie geht am Problem vorbei. Denn das Problem ist nicht die Rechtslage, sondern die Rechtspraxis.

Allein die monatliche Statistik der Bundesregierung zeigt: Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund nehmen seit Jahren zu. Zugleich nimmt die Zahl der Verhaftungen ab, weil der rechtsextremistische Hintergrund - schon bei den Ermittlungen - häufig ausgeblendet wird, entweder aus Unkenntnis der Behörden oder aus Imagesorgen der Politik.

Deshalb fordert DIE LINKE eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild. Sie könnte mehr zur gesellschaftlich Aufklärung

beitragen, als jeder populistische Halbsatz im  
Strafrecht.